

Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/4317 –**

Energiekrise – Der Sport darf nicht allein gelassen werden

A. Problem

Die Energiekrise prägt aktuell viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland. Auch der Sport und seine Sportverbände und Sportvereine leiden unter den Folgen der mit der Energiekrise einhergehenden Kostensteigerungen. Die Sportvereine halten ihre Lage für zum Teil sehr gefährdet.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4317 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2022

Der Sportausschuss

Frank Ullrich
Vorsitzender

Sabine Poschmann
Berichterstatterin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Marcel Emmerich
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Poschmann, Fritz Güntzler, Marcel Emmerich, Philipp Hartewig, Jörn König und Dr. André Hahn

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/4317** in seiner 66. Sitzung am 10. November 2022 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Tourismus überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag einbringende Fraktion der CDU/CSU fordert von der Bundesregierung verschiedene Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen der Energiekrise für die Sportvereine. Die Bundesregierung solle klarstellen, wie sie den Sport konkret zu unterstützen gedenke und die angemessene Unterstützung von Kommunen und Vereinen als Träger des Sports in Deutschland sicherstellen wolle. Zur Planungssicherheit solle hierfür ein Zeitplan vorgelegt werden. Die Sportschulen müssten genauso berücksichtigt werden wie die besonderen Interessen des Wintersports. Schwerpunkte müssten gelegt werden auf als besonders energieintensiv geltende Sportinfrastruktur, beispielsweise Seilbahnen, Eishallen und Hallenbäder. Die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen dürfe durch die Auswirkungen der Energiekrise nicht noch stärker beeinträchtigt werden. Die Energiekrise müsse auch auf dem von der Bundesregierung geplanten „Bewegungsgipfel“ thematisiert werden. Wichtig sei es, wirksame Energiesparkonzepte zu schaffen bzw. zu überarbeiten und einen „Notfallplan Sport“ zu erstellen, um den Sportbetrieb auch im Fall einer akuten Gas-Notlage aufrechterhalten zu können. Die geplanten Maßnahmen müssten mit Ländern und Kommunen abgestimmt werden. Schließlich müsse die Bundesregierung der im Koalitionsvertrag fixierten Offensive für Investitionen in Sportstätten nachkommen und ein Konzept zum Abbau des Sanierungsstaus im Bereich der energetischen Sanierungen bei Sportstätten vorlegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4317 in seiner 38. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4317 in seiner 30. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 20/4317 in seiner 26. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 20/4317 in seiner 25. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Sportausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/4317 in seiner 22. Sitzung am 30. November 2022 beraten. Als Ergebnis empfiehlt der **Sportausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 20/4317 abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte unter Bezugnahme auf den Titel des Antrags, dass die Koalition den Sport selbstverständlich nicht alleine lasse. Der Sportausschuss habe sich bereits am 9. November 2022 mit dem Thema „Auswirkungen der Energiekrise auf den Sport“ befasst. Zudem habe die Bundesregierung zur Bewältigung der Energiekrise einen Abwehrschirm aufgelegt, der auch den Bereich Sport umfasse. Konkret zu nennen seien hier die Soforthilfe im Dezember, die Gaspreisbremse sowie die Strompreisbremse, die Sportvereine mit eigenen Sportanlagen direkt zu Gute kämen. Auch Sportvereine, die keine eigenen Gas- oder Stromverträge hätten, sondern kommunale Sportanlagen nutzten, profitierten indirekt von den Maßnahmen. Ergänzend gebe es in vielen Bundesländern Programme, die die Bundesmaßnahmen sinnvoll ergänzten. Die SPD-Fraktion kritisierte, dass die Union in ihrem Antrag die Gas- und Strompreisbremse ignoriere und den falschen Eindruck erwecke, dass es keinerlei Unterstützung des Bundes für den Sport gebe. Der Antrag werde daher abgelehnt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** machte deutlich, dass der Antrag erforderlich sei, da die Bundesregierung das Ausmaß der Existenznot vor allem der Sportvereine offenbar nicht erkannt habe. So enthielten die ersten drei Entlastungspakete der Bundesregierung keine finanziellen Hilfen für den Sport. Auch sei aktuell noch offen, ob der Sport der Härtefallregelung des Bundes unterfallen solle. Die Situation des Sports in der Energiekrise bereite den Menschen in den Wahlkreisen große Sorgen und habe das Potenzial, dem Ehrenamt in Deutschland, das häufig in Sportvereinen ausgeübt werde, einen harten (und nach der Pandemie erneuten) Rückschlag zu versetzen. Daher sehe die Fraktion der CDU/CSU die Politik hier in der Pflicht zu handeln.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass man sich auch weiter mit den Verantwortlichen in Sportverbänden und -vereinen in guten Gesprächen befinde. Die Problemsituation sei bekannt und man werde auch weiter angemessen und schnell reagieren. Der DOSB habe die Maßnahmen der Regierungskoalition ausdrücklich begrüßt. Gleiches gelte auch für die Konferenz der Sportministerinnen und -minister, die Anfang November ein einstimmiges Votum abgegeben habe: „Vor diesem Hintergrund begrüßt die Sportministerkonferenz (SMK) den aktuellen Beschluss des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 2. November 2022 zur Energiepreisbremse, mit dem ausdrücklich auch die Vereine, und damit auch die Sportvereine, ebenso wie Privathaushalte von der vorgesehenen Gaspreisbremse entlastet werden sollen.“ Die Unterstützung von DOSB und SMK werte man als großen Rückhalt in der aktuellen Phase. Dem von der antragstellenden Fraktion gezogenen Vergleich mit den Unterstützungsmaßnahmen für die Kultur schließe sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht an, denn im Unterschied zum Sport stünden für die Kultur noch nicht verbrauchte Restmittel aus dem Rettungsschirm zur Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie zur Verfügung. Allein schon dieser Umstand zeige, dass Hilfen und Unterstützungen der letzten beiden Jahre für den Sport bereits angekommen seien. Darüber hinaus sei auch darauf hinzuweisen, dass in einigen Ländern bereits Hilfsmaßnahmen für die Sportvereine zur Abmilderung der Energiepreisentwicklung vorlägen oder mittels Nachtragshaushalten vorgesehen seien. Die gute Zusammenarbeit von Bund und Ländern habe sich bewährt.

Die **Fraktion der AfD** unterstützte den Antrag. Trotz Abschlagszahlung sowie Gas- und Strompreisdeckelung seien die Sportvereine von den erhöhten Energiekosten betroffen. 40 Prozent aller Sportvereine erwarteten starke Auswirkungen, rund 6 Prozent eine akute Existenzbedrohung und in mehr als 5 Prozent der Fälle hätten bereits Sportstätten geschlossen werden müssen. Bei allen Entscheidungen zur Gas- und Wärmeversorgung müsse berücksichtigt werden, dass der vereinsbasierte Sport mehr als Freizeitaktivität sei. Sport sei ein unverzichtbarer Teil der sozialen Daseinsvorsorge und erfülle wichtige soziale und gesundheitsfördernde Funktionen für die Gesellschaft. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen drastischen Einschränkungen hätten deutlich gezeigt, welche sozialen und gesundheitsschädlichen Auswirkungen ein Bewegungsmangel verursache. Das dürfe sich nicht wiederholen. Die Bundesregierung sei gefordert, die Daseinsfürsorge sicherzustellen und die immense Bedeutung des Sports für die Gesundheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu unterstützen.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass sie das im Antrag unter anderem geforderte Konzept, um den Sanierungsstau bei kommunalen und vereinseigenen Sportstätten im Bereich der energetischen Sanierungen zu beheben, nicht unterstütze. Die FDP habe hierzu mit den Koalitionsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits

das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ mit 476 Mio. Euro auf den Weg gebracht und dies im Rahmen des Haushalts für 2023 um weitere 400 Mio. Euro aufgestockt. Daneben seien die Bundesländer selbst in der Pflicht, die Rahmenbedingungen für den Breitensport und die Vereine zu schaffen, um die Kompetenzen zwischen Bund (Spitzensport) und Ländern (Breitensport) nicht zu verwässern.

Die **Fraktion DIE LINKE.** machte deutlich, dass sie den Antrag unterstütze. Die Forderungen der CDU/CSU-Fraktion zur kurzfristigen Hilfe des organisierten Sports angesichts der dramatisch gestiegenen Energiepreise habe auch DIE LINKE. mehrfach erhoben. Dabei gehe es um kommunale wie auch vereinseigene Sportstätten. Vorschläge zur energetischen Sanierung der Sportstätten und Schwimmbäder habe die Fraktion DIE LINKE. bereits in den vergangenen Wahlperioden vorgelegt. Leider seien diese von der damaligen Koalition aus CDU/CSU und SPD regelmäßig abgelehnt worden. Von der Energiekrise betroffen seien auch der Sport in Kitas, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, der Gesundheits- und Reha-Sport, Sportangebote für Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Sport in kommerziell betriebenen Einrichtungen, zum Beispiel in Fitnessstudios. Diese Aspekte kämen im vorliegenden Antrag leider zu kurz.

Berlin, den 30. November 2022

Sabine Poschmann
Berichterstatterin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Marcel Emmerich
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

